

Wochenblatt für Wilsdruff

1. Beilage zu Nr. 122.

Sonnabend, den 19. Oktober 1912.

Kriegserklärung, Kriegsbeginn.

Einmarsch der Albanesen in Serbien. — Gefechte auf serbischem Boden. — Montenegro geschlagen. — Griechische Flottenaktion.

Wider Serben und Bulgaren.

Wie vorauszusehen war, ist eine weitere offizielle Kriegserklärung von keiner der beteiligten Seiten erfolgt. Die Türkei erklärt, es sei unter ihrer Würde, den kleinen Balkanstaaten den Krieg zu erklären und diese denken auch nicht daran. Indessen es geht auch so. Am Mittwoch hat die Türkei ihre Gesandten in Sofia, Belgrad und Athen abberufen und diese haben alsbald ihre Heimreise angetreten. Kaum saßen diese im Zuge, da ging es auch schon los und es haben bereits in der Nacht zum Donnerstag die Feindseligkeiten begonnen. Die Türkei hat dabei selbst mit der Offensive angefangen, denn es geht um ihre Existenz.

Kriegserklärung der Pforte.

Während man bis Donnerstag früh nach den Äußerungen türkischer Politikern annehmen mußte, daß keine offizielle Kriegserklärung erfolgen würde, kommt nun doch jetzt die Türkei mit folgender Note an die drei Balkanstaaten:

Konstantinopel, 17. Okt. Die Pforte ließ heute früh um 1/10 Uhr der serbischen und der bulgarischen Gesandtschaft eine Note übermitteln, die besagt: Wegen der bulgarischen und serbischen Note, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei darstellt, und wegen der Mobilisation dieser beiden Staaten und der täglichen Scharmützel sieht die Pforte trotz ihres Wunsches, den Frieden zu erhalten, daß der Friede zwischen der Türkei, Serbien und Bulgarien weiterhin unmöglich ist. Sie hat sich daher entschlossen, der Mission der Gesandten von Bulgarien und Serbien ein Ende zu setzen. Die Pforte hat deshalb die Gesandten aufgefordert, ihre Bässe zu nehmen und mit ihrem Personal das osmanische Gebiet so schnell wie möglich zu verlassen.

Was hier mit etwas vielen Worten gesagt wird, ist tatsächlich der Kriegserklärung gleich zu achten, wenn auch das Wort nicht ausdrücklich in der Note fällt. Jedenfalls sind die Gesandten der Balkanstaaten mit ziemlich deutlichen Worten aus der Türkei ausgewiesen worden.

Die türkische Avantgarde in Serbien.

Dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist der türkische Vormarsch auf dem Fuße gefolgt, wie folgende telegraphische Meldung aus der türkischen Hauptstadt besagt:

Konstantinopel, 17. Okt. Die Albanesen sind in großer Masse unter ihrem Führer Isak-Beutliu in Serbien eingedrungen.

Es soll auch bereits ein Zusammenstoß zwischen den Albanesen mit Serben erfolgt sein, bei dem erstere 200 Tote und letztere 10 Tote und 40 Verwundete gehabt haben sollen. Die Zahl der albanischen Verwundeten ist unbekannt.

Daß die Albanesen, die in ihrer überwiegenden Masse ebenfalls Mohammedaner sind, sich feierlich für die Türken erklärt haben, ist eine längst bekannte Tatsache, die den kleinen Balkanstaaten jedenfalls wenig angenehm ist, da sie mit der albanesischen Unzufriedenheit offenbar gerechnet haben. Die Türken haben die Albanesen mit modernen Gewehren und Geschützen ausgerüstet und benutzen sie jetzt zum Angriff in vorderster Linie und um den eigenen Vormarsch zu verstärken. Die Albanesen sind von Asien

aus Truppen dorthin geworfen haben. Bei der großen Entfernung könnten diese jetzt da eingetroffen sein und dem Kriegsglück eine andere Wendung gegeben haben.

Griechenlands Flotte in Tätigkeit.

Auch die griechische Flotte, die den Piräus, den Hafen von Athen, verlassen hat, macht bereits von sich reden:

Athen, 17. Okt. Das Marineministerium teilt mit, daß die Kanonenboote „A“ und „D“ heute früh um 2 1/2 Uhr in die Meerenge von Brevosa eingedrungen und um 4 1/2 Uhr in Bonifa eingetroffen sind. Es gelang den Türken trotz der zahlreich vorhandenen Sperrforts nicht, die Durchfahrt zu verhindern.

Die Meerenge von Brevosa liegt an der Westküste, am Ionischen Meer, dort wo Griechenland und die Türkei aneinanderschießen. Was die griechischen Kanonenboote dort sollen, ist nicht recht ersichtlich.

Die Fürsten im Hauptquartier.

Ein weiteres Zeichen, daß wir unmittelbar vor dem Ausbruch der entscheidenden Kämpfe stehen, ist die nunmehr erfolgte Abreise der Fürsten ins Hauptquartier zu ihren Truppen. König Ferdinand von Bulgarien hat Donnerstag Sofia verlassen gleichzeitig mit dem Kronprinzen von Serbien, der am selbigen Tage mit seinem Stabe von Belgrad abgereist ist und sich zu dem serbischen Heere, das bei der Festung Nisch konzentriert ist, begeben hat. Kronprinz Konstantin befindet sich bereits seit etwa einer Woche bei seinen Truppen in Thessalien. König Ferdinand übernimmt in dem Moment seiner Abreise das oberste Kommando über alle drei Heere.

Aberführung Abdul Hamids.

Der alte Ex-Sultan Abdul Hamid, der in Saloniki eingesperrt ist, soll nach Konstantinopel in Sicherheit gebracht werden. Er wird dort in einem Gebäude am Ufer des Bosporus einquartiert werden. Man behauptet, daß die Aberführung als notwendig befunden wird, um einem etwaigen Versuch der Albanesen vorzubeugen, beim Passieren Saloniks nach der türkisch-griechischen Grenze Abdul Hamid zu befreien. Wie verlautet, soll Abdul Hamid in Aussicht gestellt haben, drei Millionen für die Armee zu spenden. Von Konstantinopel will man ihn gegebenenfalls noch nach Brussa schaffen, wenn der Krieg sich weiter nach dem Süden hinzieht.

Riderlen-Wächter beruhigt.

Auf einem Festmahl zu Ehren der internationalen Ausstellungskonferenz in Berlin nahm der deutsche Staatssekretär des Äußeren v. Riderlen-Wächter Gelegenheit, sich über die durch den Balkankrieg geschaffene Lage zu äußern. Er führte u. a. wörtlich aus:

Wir haben alle die feste und begründete Überzeugung, daß keiner der Staaten, die heute hier vertreten sind, in direkte Willkürherrschaft gezogen werden wird. Es hatten die Mächte alle Zeit, sich über Beschränkung der Störungen auf ihren Teil zu verständigen. Das ist bisher geschehen und gelungen, und bei dem allseitigen guten Willen wird es auch weiter gelingen, ein Uberspringen des Brandes auf die Nachbargebäude zu verhindern und die etwa notwendig werdenden Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeiten auf der Brandstätte in friedlichem Einverständnis zu vollziehen. Diese Hoffnung wird verstärkt dadurch, daß heute abend der Friede zwischen zwei Mächten unterzeichnet worden ist.

Unter dem Schutze Deutschlands.

Wie üblich, so haben auch diesmal die Kriegführenden ihre Untertanen in Feindesland unter den Schutz einer befreundeten Macht gestellt. Deutschland hat den Schutz aller türkischen Staatsangehörigen in den vier Balkanstaaten übernommen. Die russische Regierung wird den Schutz der serbischen und bulgarischen Privatrechte in der Türkei während des Krieges übernehmen. Die griechischen Interessen werden durch Frankreich wahrgenommen. Die deutschen Offiziere, die sich augenblicklich als Instrukteure in türkischen Diensten befinden, haben ihre Entlassung aus deutschen Diensten eingereicht, um auf Seiten der Türkei fechten zu können. Wie verlautet, soll den Offizieren inoffiziell die Mitteilung zugegangen sein, daß ihrem Wiedereintritt in die deutsche Armee nach dem Friedensschluß nichts im Wege stehe.

Kriegsbegeisterte und andere Sozialisten.

Aus Athen kommt die Meldung, daß die griechische sozialistische Partei einen Aufruf erlassen hat, in dem sie die sozialistischen Parteien Europas und Amerikas anruft für das „gegen Türkenbarbarei und europäischen Kapitalismus kämpfende“ Völkereintum. Die öffentliche Meinung aller Länder müsse die von der Türkei wie von dem internationalen Kapitalismus ausgehenden vier Balkanstaaten, die „Proletariatsstaaten Europas“, unterstützen. Auf der anderen Seite wird die deutsche Sozialdemokratie in den nächsten Tagen im ganzen Reich Sozialistenversammlungen gegen den Krieg abhalten, den diese als entschiedenste verurteilt.

Verschiedene Meldungen.

Berlin, 17. Okt. Der Kaiser hat den Major im Generalstab der 6. Division v. Maslow aus Brandenburg a. d. Havel behufs Teilnahme am Kriege nach Bulgarien entsandt.

Konstantinopel, 17. Okt. Der türkische Thronfolger ist hier eingetroffen. Er fiel, als er den rumänischen Dampfer verließ, vom Fallreep ins Wasser, konnte aber noch rechtzeitig gerettet werden, so daß er mit dem Schrecken davonkam.

Marshall's Nachfolger.

Fürst v. Lichnowsky Votschafter in London.

12. Berlin, 16. Oktober.

Der durch den Gengang des Freiherrn Marshall v. Bieberstein erledigte Votschafterposten des Deutschen Reiches am englischen Hofe ist neu besetzt. Halbamtlich wird bekannt gegeben, daß Fürst v. Lichnowsky die Vertretung der Reichsregierung in London übernimmt. Damit sind die seit Marshall's Tode andauernden Gerüchte und Vermutungen in dieser wichtigen politischen Frage erledigt.

Karl Max, 8. Fürst v. Lichnowsky, Graf zu Werdenberg, Edler Herr v. Wolschlag und Herr auf Gräs bei Troppan in Oesterreich-Schlesien, ist geboren am 8. März 1860, zurzeit also 52 Jahre alt. Er ist erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses und königlich preussischer Major à la suite der Armee, besitzt die Würde eines kaiserl. Wirkl. Geheimen Rats, eines kaiserl. und königl. außerordentlichen Gesandten und Ministers a. D. Die Familie gehört dem schlesischen Uradel an und ist katholisch. Verheiratet ist der neue Votschafter seit 1904 mit Wladimire geborenen Gräfin v. Arco-Imineberg. Der Vater des jetzigen Fürsten v. Lichnowsky war der 1901 verstorbene preussische General der Kavallerie Fürst Karl v. Lichnowsky. Dessen Bruder und Vorgänger in der Fürstlichen Würde, Felix v. Lichnowsky, wurde 1848 von Katorib in die Deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. entsandt, gehörte zu den glänzendsten Rednern der Versammlung. Er wurde beim Ausstand am 18. September 1848 nebst dem Grafen Auerwald auf der Bornheimer Heide erschlagen, ein Vorgang, der damals ungeheures Aufsehen hervorrief.

Die Ernennung des früher als Vortragender Rat im Auswärtigen Amt beschäftigten Fürsten zum Votschafter war schon längere Zeit in der Schwebe; der Versuch, den der Reichskanzler am 8. September d. J. dem Fürsten auf seinem Sitz Gräs abstattete, stand damit in enger Beziehung.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Deputation des sächsischen Landtages für das sächsische Volksschulgesetz hat nunmehr die Fassung festgestellt, in der das Gesetz den beiden Kammern unterbreitet werden soll. Als Übergangskrist der jetzigen Schulen in die neue Organisation wurden fünf Jahre bestimmt, und zwar für die Herabminderung der Klassenzahl und für die Einrichtung der Mädchenfortbildungsschule, zehn Jahre für die Durchführung der Schulgeldfreiheit und für die Dreigliederung der Volksschule.

Der Entwurf des Reichshandelsstatuts für das Jahr 1913 ist fertiggestellt und dem Bundesrat zugegangen. Dieser wird keine Beratungen zu beizeln, daß der Etat dem Reichstage bei dessen Zusammentritt am 26. November sofort vorgelegt werden kann. Gleichzeitig wird dem Reichstage auch der Gesetzentwurf betreffend das Petroleum-Monopol sowie die vom Bundesrat bereits genehmigte Zollermäßigung für ausländisches Fleisch zugestellt werden.

Die verschiedentlich verbreitete Meldung von einem russischen Fleischausfuhrverbot wird jetzt von amtlicher russischer Seite dementiert. In russischen Regierungskreisen sei eine derartige Frage gar nicht aufgeworfen worden, so daß alle Vorurteile unbegründet seien.

Mit der Bekämpfung der Fleischsteuerung hat sich nach den bekannten Maßnahmen der preussischen Regierung jetzt auf Antrag Preußens auch der Bundesrat beschäftigt.

Es handelt sich dabei um die von Preußen angeregte Ermäßigung der Zollsätze auf frisches und gefrorenes Fleisch aus dem Auslande, das von Gemeinden zu angemessenen Preisen an die Verbraucher abgegeben wird. Der Bundesrat hat diesem Antrage unter dem 10. Oktober seine Zustimmung erteilt. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen eine Zollermäßigung für frisches Fleisch von 35 und von gefrorenem Fleisch von 27 auf 18 Mark pro Doppelzentner. Diese Vergünstigung soll in der Regel nur großen Städten gewährt werden.

In seiner kommenden Session wird sich der Reichstag auch mit einem Umbau des Reichstagsgebäudes beschäftigen. Es soll dadurch in der Hauptsache dem Ablande abgeholfen werden, daß bisher keine Arbeitszimmer für die Reichsboten vorhanden waren. Durch den Ausbau des Dachgeschosses nach beiden Seiten zu sollen 106 solcher Zimmer beschafft werden. Von außen wird man von diesen Veränderungen nichts sehen, zumal auch das Aussenmaß genau so bleibt wie bisher. Die Kosten für diesen Umbau belaufen sich auf rund 800 000 Mark. Wenn der Reichstag, woran nicht zu zweifeln ist, diese Mittel bewilligt, soll im Frühjahr 1913 mit den Arbeiten begonnen werden.

In einer in Köln abgehaltenen Versammlung des Bundes der Landwirte führte der Reichstagsabgeordnete Dr. Dertel u. a. aus, daß nach seiner Ansicht der Reichstag nicht so schlecht sei, wie allgemein angenommen werde. Bezüglich der Besetzung des Reichstagspräsidentiums bemerkte er, daß man den bisherigen Präsidenten Dr. Raemf nicht ohne weiteres wiederwählen könne. Sollte es zur Stichwahl zwischen den Fortschrittlichen und der Sozialdemokratie kommen, so könne man es wohl verstehen, wenn man sich alsdann in den Kampf nicht einmische. Andererseits dürfte aber auch ein monarchisch gesinnter Mann keinen Sozialdemokraten wählen. Mit Nationalliberalen lasse sich zusammengeden, wenn diese mehr die Richtung v. Bennigsen als Dr. Bassermann bekunden. Auch mit dem Zentrum könne man paktieren, denn ohne dasselbe lasse sich keine vernünftige Sozialpolitik machen.



Der Schauplatz der Ereignisse.

(siehe beige-farbene Übersichtskarte) aus in der Richtung auf Nisch vorgeschoben und dürften den Serben wohl ziemlich zu schaffen machen, da sie mit zu den Kerntruppen des türkischen Heeres gehören.

Türkischer Sieg.

Das Blättchen an der montenegrinischen Grenze scheint sich auch zu wenden, sofern nicht überhaupt schon der amtliche montenegrinische Telegraph in Cetinje von vornherein orientalische Märchen in die Welt hinausposaunt hat von nicht zu überbietenden Heldentaten der „Söhne der schwarzen Berge“.

Konstantinopel, 17. Okt. Die Türken haben die Montenegro zurückgedrängt und bei Podgorica einen großen Sieg über die Montenegroer davongetragen. Sie eroberten dabei mehrere Geschütze.

Die Nachricht klingt gar nicht unwahrscheinlich, denn es steht fest, daß die Türken sofort nach Beginn der Feindseligkeiten an der montenegrinischen Grenze von Saloniki